

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Stauffenbergstraße 13-14 • 10785 Berlin
☎ +49 30 2639 78-3 • 📠 +49 30 2639 78-40
info@gegen-vergessen.de • www.gegen-vergessen.de

Jahresbericht 2009



Online Beratung Gegen Rechtsextremismus

Vorsitzender Dr. h.c. Joachim Gauck
Stellv. Vorsitzende Eberhard Diepgen • Prof. Dr. Bernd Faulenbach • Cornelia Schmalz-Jacobsen
Geschäftsführer Dr. Michael Parak
Beiratsvorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth
Ehem. Vorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel • Dr. h.c. Hans Koschnick
Sparkasse KölnBonn • Konto 855 1707 • BLZ 370 501 98

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Einleitung	3
Verein	3
Mitglieder	3
Regionale Arbeitsgemeinschaften	3
Vorstand und Beirat	4
Geschäftsstelle	4
Veranstaltungen und Aktivitäten	4
Erinnerung an den Nationalsozialismus	4
Aufarbeitung der SED-Diktatur	5
Weimarer Republik	6
Jüdisches Leben / Antisemitismus	6
Rechtsextremismus	6
Demokratie	6
Schwerpunktprojekte	7
Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944-1948	7
Theaterprojekt „Kinder des Holocaust“	7
Geschichtsforum 1989 2009	8
Online-Beratung gegen Rechtsextremismus	8
Politische Initiativen, Stellungnahmen	10
Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter	10
Kampf gegen Antisemitismus	10
Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten	10
Zivilgesellschaftliche Erinnerung in Spanien	11
Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts am 23. August	11
Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“	11
Öffentlichkeitsarbeit	12
Internet	12
Zeitschrift	12
Flyer	12
Pressearbeit	12
Kooperationspartner	12
Publikationen	12
Förderungen	13
Förderungen Dezember 2008 – November 2009	13
Dank	14

Einleitung

„Es gilt, das Jahr 2009 für die Stärkung des nationalen Gedächtnisses und des demokratischen Selbstbewusstseins zu nutzen“ – dieses Anliegen der Wolfsburger Erklärung hat die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im „Geschichtsjahr 2009“ in besonderer Weise bestimmt.

Denn 2009 ist wirklich ein „Geschichtsjahr“, in dem die Jubiläen sich häufen: Die Zusammenkunft der Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919, der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939, die Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949, die doppelte Staatsgründung von Bundesrepublik Deutschland und DDR sowie die friedliche Revolution vom Herbst 1989. Die zahlreichen Gedenktage des Jahres 2009 spiegeln die schicksalhafte, verbrecherische, aber auch hoffnungsvolle deutsche Zeitgeschichte wider.

Diese Themen kennzeichnen auch das Aufgabenspektrum von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Das Wissen um die Vergangenheit soll helfen, die Gegenwart zu begreifen und die Zukunft zu gestalten. In diesem Sinne geht es nicht allein darum, an Vergangenes zu erinnern. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Dies lehrt ein Blick in die Geschichte. Als Vereinigung aktiver Bürgerinnen und Bürger will Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. dazu beitragen, eine vielfältige und freiheitlich-demokratische Gesellschaft weiterzuentwickeln, wie sie im Grundgesetz vorgesehen ist. Diesen Rahmen in den Städten und Regionen Deutschlands mit Leben und Inhalt zu erfüllen, bleibt unsere Aufgabe und Herausforderung.

Im Jahr 1989 trieb die Sehnsucht nach Freiheit zahlreiche mutige Bürgerinnen und Bürger dazu, gegen das Unrechtsregime der SED aufzubegehren. Breite Teile der Bevölkerung schlossen sich der Bürgerrechtsbewegung an, drängten auf die Straßen und Plätze und überwandern schließlich die kommunistische Diktatur. So erreichten wir die Freiheit von etwas. Aber diese Form der Freiheit ist immer Beginn und Übergang. Die Freiheit der offenen Gesellschaft setzt sich für etwas ein. Diese Aufgabe wollen wir gemeinsam angehen.

Verein

Aus einem Zusammenschluss von 14 Personen im Jahr 1993 ist eine bundesweite Vereinigung mit über 2000 Mitgliedern erwachsen. Mit Dieter Rieke verstarb am 4. September ein weiteres Gründungsmitglied. Die erfolgreiche Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. basiert auf dem Zusammenwirken der Mitglieder, der Regionalen Arbeitsgemeinschaften, des Vorstands und Beirats sowie der Geschäftsstelle.

Mitglieder

Zum 1. November 2009 gehörten der Vereinigung 2087 Mitglieder (davon 645 Frauen, 1426 Männer und 16 Familienmitgliedschaften) an. Damit nahm die Zahl der Mitgliedschaften im Vergleich zum Vorjahr (2106) um 29 ab. Im Laufe des Jahres 2009 traten 54 neue Mitglieder (Vorjahr 61) der Vereinigung bei, zum Jahresende 2009 haben 34 Mitglieder ihren Austritt erklärt. 13 unserer Mitglieder sind in diesem Jahr verstorben (Vorjahr 14). Das jüngste Mitglied ist 18 Jahre, das älteste 98 Jahre alt.

Dass das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder sehr geschätzt wird, zeigt sich auch darin, dass mehrere Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. 2009 Preise und Ehrungen unter explizitem Bezug auf ihre Tätigkeit in der Vereinigung erhielten

Regionale Arbeitsgemeinschaften

Bundesweit bestehen 25 Regionale Arbeitsgemeinschaften und 4 Sektionen. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist dort vertreten, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Deshalb entspricht die regionale Zusammensetzung nicht zwangsläufig den Grenzen von Bundesländern.

In der RAG Hannover schied Dr. Monika Gödecke aus dem Sprecherkreis aus. Prof. Joachim Perels, Albrecht Pohle und Wilfried Wiedemann setzen ihre Tätigkeit fort. Auch in der RAG Mittelrhein ist ein Sprecherwechsel zu vermelden. Hier folgte Dr. Ursula Bitzegeio Dr. Werner Jung im Amt. In der RAG Rhein-Main gab Geesche Hönscheid das Sprecheramt auf, bleibt aber weiterhin als Koordinatorin für Rheinland-Pfalz aktiv. Neuer Sprecher der RAG ist Andreas Dickerboom. In Sachsen übernahm Dr. Christoph Meyer das Sprecheramt von Dr. Norbert Haase.

Das Engagement vieler Mitglieder und Funktionsträger, die sich in unterschiedlichen Funktionen für die Ziele von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. einsetzen, ist für die Arbeit der Vereinigung von besonderer Bedeutung.

Vorstand und Beirat

Der auf der Wolfsburger Mitgliederversammlung gewählte neue Vorstand prägt in vielfältiger Art und Weise die Außenwahrnehmung der Vereinigung, insbesondere auf Bundesebene. Der aus 43 Personen bestehende Vorstand und der 13-köpfige Beirat traten am 15. Mai 2009 in Leipzig und am 6. November 2009 in St. Augustin zusammen, um grundlegende Fragen für die Vereinigung zu besprechen. Zudem tagte der Geschäftsführende Vorstand zusätzlich am 12. Februar, 20. April und 10. September 2009 in Berlin. In einer Vielzahl öffentlicher Auftritte und Gespräche warben die Vorstands- und Beiratsmitglieder für die Ziele der Vereinigung und knüpften wichtige Kontakte. Gerade der Vorsitzende war 2009 durch unzählige Veranstaltungen und Interviews stark in der Öffentlichkeit präsent.

Geschäftsstelle

Die Arbeit der Geschäftsstelle stand 2009 im Zeichen von Veränderungen. Zum 31. Januar schied Dr. Andreas Eberhardt nach über zehnjähriger Tätigkeit, seit 2005 als Geschäftsführer, aus den Diensten von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aus. Als Vorstand der neugegründeten Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum stellt er sich einer neuen Herausforderung. Neuer Geschäftsführer ist seit dem 1. Mai der Historiker Dr. Michael Parak, der zuvor für den Bundesbeauftragten für Kultur und Medien als Kulturreferent beim Schlesischen Museum zu Görlitz tätig war.

Veranstaltungen und Aktivitäten

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist bundesweit tätig. Mit 240 Veranstaltungen und Projekten wirkt die Vereinigung im Bereich der politischen Bildung: vor Ort, in den Regionen und auch überregional. Das Spektrum der Veranstaltungsformen ist dabei groß. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengesprächen, Filmvorführungen, Ausstellungen, Konzerten, Gedenkstättenfahrten oder Schülerprojekten wird eingeladen, über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nachzudenken.

Die Vielfalt dieser Veranstaltungen, kleinerer wie größerer Projekte, kennzeichnet die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Mit viel Engagement und Einsatz konnte auch 2009 in Zusammenarbeit mit vielen Partnern ein Beitrag zur historisch-politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden.

Erinnerung an den Nationalsozialismus

Viele Veranstaltungen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zielen darauf ab, die Erinnerung an die in der Zeit des Nationalsozialismus verübten Verbrechen im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten. Dabei bildet die Würdigung der Schicksale der Opfer einen besonderen Schwerpunkt. Der 9. November und der 27. Januar sind zentrale Tage für Gedenkveranstaltungen, die unter programmatischen Titeln wie „Erinnere dich und halte das Gedenken lebendig“ und „Jeder Mensch hat einen Namen“ konkrete Lebensschicksale von Opfern des Nationalsozialismus hervortreten lassen und diese nicht nur als abstrakte Zahlenwerte behandeln. Die Gedenkveranstaltungen der Regionalen Arbeitsgruppen sind an vielen Orten nicht mehr wegzudenkende Bestandteile der regionalen Erinnerungskultur.

Doch auch über das gesamte Jahr werden viele Veranstaltungen organisiert, die den Opfern des Nationalsozialismus einen Namen und ein Gesicht geben. Wo noch möglich, werden Zeitzeugen eingeladen, die in eindrucksvollen Gesprächen ihre Lebensschicksale schildern. Zudem vermitteln Filme, Lesungen und Vorträge auf eindringliche Weise Kenntnisse über die Zeit des Nationalsozialismus. Dabei ist es das Bestreben – im Rahmen der eigenen Möglichkeiten – allen Opfern des Nationalsozialismus, insbesondere denen der Shoah, Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Eigene Veranstaltungen wandten sich auch dem Schicksal italienischer Militärinternierter oder den Opfern eines SS-Massakers in Italien zu.

In Verbindung mit dem Projekt „Kinder über den Holocaust“ (s.u. Schwerpunktprojekte) fanden an vielen Orten in Deutschland Lesungen und Diskussionen statt, die noch einmal eindringlich vor Augen führten, dass unter den Opfern des Nationalsozialismus über eine Million Kinder waren. Unter dem Stichwort „Wehrmachtsjustiz“ und „Kriegsverräter“ wiesen Regionale Arbeitsgruppen zudem auf eine Opfergruppe hin, die besonders lange auf ihre Rehabilitierung warten musste (s.u. Politische Initiativen). Um auf das Schicksal der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten aufmerksam zu machen, wurde eigens eine Pressekonferenz organisiert (s.u. Politische Initiativen). Ehemalige polnische Zwangsarbeiter trafen sich in der Berliner Geschäftsstelle mit Berliner Schülerinnen und Schülern.

Der Frage „Wie konnte ein solcher Zivilisationsbruch geschehen?“ wurde neben der historischen Analyse auch unter philosophischen Gesichtspunkten nachgegangen. So beschäftigten sich Veranstaltungen auch mit der Frage, wie Philosophen und Literaten Auschwitz „verarbeiten“ konnten.

Eine wichtige Aufgabe war es weiterhin, den Widerstand verschiedener Gruppen und Einzelpersonen gegen den Nationalsozialismus darzustellen und zu würdigen, wie z.B. Widerstandskämpfer der „Weißen Rose“, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Ein schwieriges, aber unumgängliches Terrain ist es auch, sich mit den Tätern auseinanderzusetzen. Hier wurde vielfach auf den aktuellen Forschungsstand Bezug genommen und der Frage nachgegangen, wie aus „ganz normalen Menschen“ Massenmörder werden konnten. Unter dem Titel „Endstation Vernichtung. Dienstleister und Pflichterfüllung bei der Reichsbahn München 1933-1945“ konnte beispielsweise in München eine große Ausstellung organisiert werden.

Der Umgang der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft mit den nationalsozialistischen Verbrechen ist mittlerweile selbst zum historischen Stoff geworden, den es zu vermitteln lohnt. Dazu gehören die Geschichte der Zentralen Ermittlungsstelle in Ludwigsburg, vor allem aber die mit dem Namen des Anklägers Fritz Bauer verbundenen Verfahren. „Auschwitz-Prozess 4Ks 2/63 Frankfurt am Main“ war der Titel einer Ausstellung, die im Niedersächsischen Landtag realisiert werden konnte.

Auch Anhand der „steinernen Zeugen“ – Denkmäler und Gedenkstätten – stellt sich heute die Frage, wie eine Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus aussehen kann. Mit dieser Frage beschäftigte sich auch das 52. Bundesweite Gedenkstättenseminar „Zeitzeugen in der Gedenkstättenarbeit“, bei dem Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zum ersten Mal Mitveranstalter war – gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Stiftung Topographie des Terrors, der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenpädagogik. In der Gedenkstätte Bergen-Belsen fand zudem Ende November 2008 in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur der jährliche Workshop „Gedenkstättenarbeit und oral history“ statt. Die Besonderheit dieser Veranstaltung ist es, dass sowohl die nationalsozialistischen Verbrechen als auch das Unrecht der SED-Diktatur in sensibler Art und Weise thematisiert werden.

Aufarbeitung der SED-Diktatur

Im Mittelpunkt der diesjährigen Aktivitäten standen – auch verbunden mit der Person des Vorsitzenden – vor allem die Ereignisse um die friedliche Revolution von 1989. Hier war das „Geschichtsforum 1989 | 2009 – Europa zwischen Teilung und Aufbruch“ einer der Schwerpunkte in diesem Jahr (s.u. Schwerpunktprojekte). Aktivposten in diesem Themenfeld ist zudem vor allem die RAG Sachsen-Anhalt, die in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eine landesweite Veranstaltungsreihe an Schulen durchführte. Hier zeigt sich, dass die Schüler wirklich am Thema interessiert sind, auch wenn ihre Kenntnisse zuweilen sehr gering sind. Über die DDR jenseits von Nostalgie und Schwarzmalerei zu berichten ist deshalb das Ziel. Erzählanlass sind dabei immer Musikstücke, die auch die Schüler heute noch sichtbar bewegen können – von verbotenen Beat über Klänge des Liedermachers Biermann bis hin zur Punkwelle der späten 1980er Jahre.

Auch in den RAG Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, München, Rhein-Ruhr und Westfalen wandte man sich in eigenen Veranstaltungen der DDR-Geschichte zu. Zudem nahmen zwei Regionale Arbeitsgruppen mit eigenen Beiträgen am „Geschichtsforum 1989 | 2009: Europa zwischen Teilung und Aufbruch“ teil.

Erwähnenswert ist die von der Geschäftsstelle in Berlin in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen der Universität Rostock organisierte Podiumsdiskussion „Der Fall der Mauer und der Zusammenbruch der DDR“, an der unter der Moderation von Thomas Krüger, dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Günter Schabowski, Arnold Vaatz, Arnulf Baring und Joachim Gauck teilnahmen.

Weimarer Republik

Um die Gegenwart zu begreifen, bedarf es der Kenntnisse über die Vergangenheit. Dazu zählt auch die Weimarer Republik mit ihrem hoffnungsvollen Aufbruch 1919 und dem Scheitern 1933. Die RAG Nordhessen-Südniedersachsen thematisierte die Novemberrevolution 1919. Die Geschäftsstelle führte in Zusammenarbeit mit der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora, der Deutschen Nationalstiftung und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen eine eigene Veranstaltungsreihe „Geboren in der Weimarer Republik“ in Weimar und Jena durch, an der auch unser Mitglied Helga Grebing, unser Ehrenmitglied Hans Bonkas und unser Vorstandsmitglied Kurt Nemitz als Zeitzeugen teilnahmen.

Jüdisches Leben / Antisemitismus

Über jüdisches Leben in Deutschland vor und nach dem Nationalsozialismus informierten Veranstaltungen in Volkmarshausen, Hamburg, Köln, Darmstadt und Wiesbaden. Noch weiter wurde der Bogen gespannt, als es in Stuttgart darum ging, über den Freiwilligeneinsatz in Israel und die heutige politische Lage zu sprechen.

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus – im alten wie im neuen Gewande – ist eine weitere zentrale Aufgabe, der in Vorträgen und Podiumsdiskussionen nachgegangen wird.

Rechtsextremismus

Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus trägt die an der Geschäftsstelle angesiedelte Online-Beratung gegen Rechtsextremismus bei (s.u. Schwerpunktprojekte).

Bei einem „Argumentationstraining gegen rechtsextreme Stammtischparolen“, veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Friedrich-Ebert-Stiftung, wurde hinter die Kulissen von Stammtischparolen geschaut. Erklärt wurde die dahinter stehende Psychologie sowie die ideologische und politische Gefahr, die von ihnen ausgeht. Anschließend wurde in interaktiven Übungen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausprobiert, wie solchen Sprüchen argumentativ und rhetorisch beizukommen ist. In diesem Jahr wurden erstmals 120 Berliner Schüler/innen ausgebildet, die anschließend das Argumentationstraining gegen rechtsextreme Stammtischparolen für andere Jugendliche anbieten können.

Zudem stellen sich die Mitglieder der Vereinigung in unzähligen Gesprächen den Herausforderungen des Rechtsextremismus. Dabei werden die Aktivitäten auch überregional wahrgenommen, wie eine Diskussion mit Fremdsprachenvolontären der Deutschen Welle zeigte.

Demokratie

„Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger“, dieser Veranstaltungstitel der RAG Baden-Württemberg ist das Leitbild vieler Veranstaltungen und Aktivitäten der Vereinigung. Zum 60. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes ging es darum, auf die in der Verfassung verankerte freiheitlich-demokratische Grundordnung hinzuweisen, wie es auch die RAG Rhein-Ruhr mit dem „Fest der Freiheit“ erfolgreich tat.

Schwerpunktprojekte

Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944 – 1948

Seit dem Frühjahr 2006 beschäftigen sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., das Jüdische Historische Institut in Warschau (JHI) und die Universität Leipzig (Professur für Geschichtsdidaktik/Zentrum für Lehrerbildung und Schulforschung) in einem Kooperationsprojekt intensiv mit den Berichten jüdischer Kinder, die in Polen den Holocaust überlebt haben. Mit finanzieller Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ wurden die überlieferten Berichte ausgewertet und für die pädagogische Arbeit über den Holocaust in Deutschland und in Polen aufbereitet. Im April 2008 erschien die kommentierte Quellenedition „Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944-1948“.

In diesem Jahr ging es darum, diese außergewöhnlichen Überlebensberichte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dazu dienten vor allem Lesungen und Diskussion in vielen Städten, häufig in Zusammenarbeit mit den Regionalen Arbeitsgemeinschaften. Ein besonderer Augenblick war dabei der 27. Januar, der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Abiturienten der Berliner Sophie-Scholl-Oberschule verlasen während der offiziellen Gedenkstunde im Deutschen Bundestag einige der Kinderberichte. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert sagte über die Berichte: „Es sind Stimmen jüdischer Kinder, aufgezeichnet unmittelbar nach dem Ende der deutschen Besatzung in Polen. Ihre Worte offenbaren die Unmenschlichkeit einer Ideologie, die nicht an den Menschen, sondern an Rassen orientiert war, und die Brutalität einer Politik, die diese Ideologie im Wortsinn ‚vollstreckte‘. Dass die Kinder, deren Berichte wir heute hören, den Holocaust überlebten, grenzt an ein Wunder. Denn Kinder hatten kaum eine Chance.“

Die Quellenedition ist nach ihrem Erscheinen 2008 in zahlreichen regionalen und überregionalen Medien wohlwollend besprochen worden. Im Jahr 2009 erschienen in zahlreichen Fachpublikationen, wie z.B. im Freiburger Rundbrief, in Medaon - Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung und im Rezensionjournal sehenswerte Rezensionen zu „Kinder über den Holocaust“. Erfreulicherweise berichteten auch SPIEGEL und PARLAMENT über die Quellenedition.

Vom 1. bis 5. Dezember 2008 trafen sich Lehrerinnen und Lehrer sowie Gedenkstätten-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Deutschland und aus Polen in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Oświęcim/Auschwitz (IJS), um über Möglichkeiten der Nutzung dieser Quellen in der pädagogischen Arbeit zu beraten. Dieser Workshop wurde gemeinsam mit dem Jüdischen Historischen Institut Warschau, der Universität Leipzig, dem Internationalen Auschwitz Komitee und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt und von der Walter de Gruyter-Stiftung unterstützt. Zur Mitgliederversammlung liegt die Didaktische Handreichung „Vor Tieren hatten wir keine Angst, aber vor Menschen“ vor, mit der eine Auseinandersetzung mit den Quellenberichten im Schulunterricht angeregt werden soll (s.u. Öffentlichkeitsarbeit).

Theaterprojekt „Kinder des Holocaust“

Am 17. Mai 2009 wurde die ungewöhnliche Theaterproduktion „Kinder des Holocaust“ am Theater der Jungen Welt in Leipzig uraufgeführt, die von der Presse als „gelungene Inszenierung“ (dpa) und überzeugender „Drahtseilakt zwischen tief greifender Sprachlosigkeit und verspielter Gegenwartsproblematik“ (Leipzig-Almanach) gelobt wurde. Auch Vorstand und Beirat sowie die Regionalen Sprecherinnen und Sprecher der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., die schon zwei Tage vor der Uraufführung zur Vorpremiere nach Leipzig gekommen waren, zeigten sich von der Qualität der Theatercollage überzeugt.

„Kinder des Holocaust“ ist das Ergebnis eines durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und die Sparkasse Leipzig geförderten Kooperationsprojektes von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und dem Theater der Jungen Welt Leipzig unter Mitarbeit von Elisabeth Kohlhaas vom Zentrum für Lehrerbildung und Schulforschung der Universität Leipzig. Elf Schüler, Azubis und Studenten erarbeiteten in einem theaterpädagogisch begleiteten Projekt auf Basis der in der Quellenedition veröffentlichten Überlebensberichte eine theatralische Collage. Über ein halbes Jahr dauerten die Proben mit den Jugendlichen – fast immer in den Ferien und an Wochenenden. Aus ihren Improvisationen entstanden Geschichten, die ganz nahe an ihrem eigenen Leben sind und die mit den Texten der Kinder des Holocaust, die von vier Schauspielern gesprochen werden, trotzdem eine ganz besondere Symbiose eingehen. In Kombination mit Videosequenzen, die Erfahrungen der Jugendlichen aus dem Probenprozess und ihre eigenen Unsicherheiten im Umgang mit dem Thema dokumentieren, gelang es Intendant Jürgen Zielinski, Regisseur Martin Kreidt und Dramaturgin Marion Firlus, eine faszinierende Collage zu erstellen, die auch tiefe Einblicke in das Wesen unserer Erinnerungskultur gewährt. Am 26. Oktober 2009 fanden zwei weitere Aufführungen des Stücks am Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium in Münster statt.

Ergänzend zur Theatercollage entwickelten die Theaterpädagoginnen Bettina Frank und Helen Lauchart einen Materialenkoffer für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Dieser enthält eine Sammlung verschiedener Spielanregungen und Rechercheaufgaben, eine Dokumentenmappe mit Karten und Zeitungsartikeln

sowie die für die Übungen notwendigen Utensilien. Die Quellenedition „Kinder über den Holocaust“ die sowohl für das Theaterstück als auch für den theaterpädagogischen Koffer die Grundlage darstellt und ebenfalls von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gefördert wurde, liegt der Materialiensammlung bei. Die Übungen, die mit dem Inhalt des theaterpädagogischen Koffers durchgeführt werden können, sollen zur spielerischen Annäherung und Vertiefung der Holocaust-Thematik dienen. Die Improvisationen und der Umgang mit den Überlebensberichten sollen Jugendliche einen assoziativen Zugang zum Thema „Kindheit und Jugend im Holocaust“ ermöglichen. Der Materialienkoffer wurde u.a. auf der Tagung „Schriftzeugnisse und Theater“ der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ am 15. und 16. Mai 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt. Auch dem Vorstand und Beirat sowie den Sprechern der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wurde der theaterpädagogische Koffer vor der Theaterpremiere präsentiert. 2010 werden – ebenfalls gefördert durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ – in Regionalen Arbeitsgruppen theaterpädagogische Workshops mit dem Theaterkoffer durchgeführt werden.

Geschichtsforum 1989 | 2009

Die Vorbereitungen für das „Geschichtsforum 1989 | 2009 – Europa zwischen Teilung und Aufbruch“ begannen im Januar 2008. Unter dem Motto „Wir müssen reden“ fanden sich am Pfingstwochenende vom 28.-31. Mai 2009 in Berlin etwa 6.000 Besucher zusammen.

Das Geschichtsforum fand nach 1999 zum zweiten Mal statt. Zu den Organisatoren des Geschichtsfestivals gehörte neben der Bundeszentrale für politische Bildung, der Kulturstiftung des Bundes, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Institut für Zeitgeschichte München – Berlin, und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Für die Koordination des Wortprogramms aus 150 Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops war Dr. Henrik Bispinck verantwortlich.

Zahlreiche Vereins- und Vorstandsmitglieder haben sich aktiv am Geschichtsforum beteiligt, darunter Joachim Gauck, der auf der Auftaktveranstaltung u.a. mit Prof. Dr. Timothy Garton Ash und Dr. Jiří Gruša diskutierte sowie Prof. Dr. Bernd Faulenbach und Ulrike Poppe, die jeweils an zwei Podiumsdiskussionen mitwirkten. Lothar Tautz stellte in einer eigenen Veranstaltung ein Schulprojekt der RAG Sachsen-Anhalt und des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Sachsen-Anhalt vor; die RAG Westfalen führte gemeinsam mit der Villa ten Hompel Münster einen Workshop für Jugendliche und junge Erwachsene durch. Zudem stellte sich die Vereinigung mit einem Stand auf dem Projektmarkt vor. Ein ausführlicher Bericht zum Forum und zu den Veranstaltungen unserer RAG ist in der Mitgliederzeitschrift Nr. 61 vom August 2009 erschienen.

Das Geschichtsforum 1989 | 2009 ist in Presse und Öffentlichkeit auf große Resonanz gestoßen. In Zeitungen und Zeitschriften ist in zahlreichen Artikeln über das Forum oder einzelne Veranstaltungen berichtet worden. Die wichtigsten Artikel sind auf der Homepage des Geschichtsforums <http://www.geschichtsforum09.de/presse/pressestimmen.html> dokumentiert; darüber hinaus wurde eine umfassende Pressedokumentation erstellt, die in der Geschäftsstelle vorliegt. Auf der Homepage des Geschichtsforums finden sich zahlreiche Bilder, Filme sowie Audiobeiträge zur Veranstaltung. Zur Zeit wird eine Dokumentations-DVD vorbereitet, auf der u.a. die vollständigen Sendungen des Kongressradios und Kongressfernsehens, Interviews mit prominenten Referentinnen und Referenten, Mitschnitte der zentralen Plenarveranstaltungen sowie Fotos abrufbar sein werden.

Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

Im Mai 2008 startete die Beratungstätigkeit der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus im Internet. Damit wurde eine Lücke in der bestehenden Beratungslandschaft geschlossen, die vor allem durch die Vermittlung politischer Informationen sowie lokaler Beratungsstellen gekennzeichnet ist. Einerseits wird damit ein Hilfsangebot für diejenigen vorgehalten, die aus der Szene aussteigen wollen. Vor allem aber richtet sich das Angebot an diejenigen, die sich bedroht fühlen oder in deren direktem Lebensumfeld Rechtsextreme agieren.

Leider stehen an vielen Orten keine direkten Ansprechpartner zur Verfügung. Oder die Scham der Betroffenen ist zu groß, sich an eine herkömmliche Beratungsstelle zu wenden, selbst wenn eine vor Ort verfügbar wäre. Denn kaum jemand gibt gerne zu, in seinem direkten Lebensumfeld, beispielsweise wenn die eigenen Kinder in diese Richtung tendieren, mit Rechtsextremismus konfrontiert zu sein. Hier bietet die Online-Beratung ein niedrigschwelliges und qualitativ hochwertiges Angebot. Die speziell geschulten Online-Berater vermitteln Informationen und führen gegebenenfalls auch psychosoziale Beratungsgespräche: online, anonym und über eine gesicherte Datenverbindung. Aus einer Anfrage entwickeln sich oft Beratungsprozesse, die über eine längere Zeit andauern. Per E-Mail, Einzel- oder moderiertem Gruppen-Chat kann all das zur Sprache kommen, was vielen Menschen in einer herkömmlichen Beratung nur schwer über die Lippen kommt. In Gruppen-Chats können sich Betroffene zudem austauschen und gegenseitig unterstützen.

Menschen, die sich durch Rechtsextreme in ihrem persönlichen Umfeld vorübergehend wie gelähmt fühlen, werden in einer für sie schwierigen Situation unterstützt. Dadurch können sie wieder aktive Bürgerinnen und Bürger werden. Bisherige Erfahrungen zeigen zum anderen, dass vor allem denjenigen Rechtsextremen ein Ausstieg gelingt, die noch Kontakte außerhalb der Szene haben. Hier weiter ansprechbar zu sein, zum Beispiel als Eltern eines rechtsextremen Sohnes, ist eine besondere Belastung, für die die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus eine kompetente Unterstützung bietet.

Nach 1 ½ -Jahren Onlinetätigkeit ist eine rege Nachfrage zu verzeichnen. Dies zeigt, dass der Bedarf für diese Form der Beratung groß ist und Personen unterstützt werden können, die bisher nicht erreicht wurden. Viele Anfragen beginnen mit den Worten „Ich bin froh, endlich eine Einrichtung wie die ihre gefunden zu haben“. Das Internet-Angebot der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus wird in klarer Kontinuität und mit steigender Tendenz nachgefragt. Rund 1.000 Menschen im Monat – in Monaten mit besonderen Medien-Ereignissen sogar mehr – besuchen die Internetseite und nutzen die Informations-Angebote. Auch was die Nutzungsintensität der eigentlichen Beratung anbetrifft, zeichnet sich eine klare und positive Tendenz ab: Die Online-Beratung erhält pro Woche mehrere neue Anfragen, wird also regelmäßig genutzt. Für die erste Evaluationsphase, in der sich das Projekt befindet, sind die Zahlenwerte für Seitenfrequentierung und Beratungsnutzung gleichermaßen gut, und zwar sowohl im Hinblick auf das Thema als auch in Relation mit vergleichbaren Angeboten.

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus ist eine neue Form, die innerhalb der bestehenden Beratungslandschaft bekannt gemacht werden muss. Deshalb wurde der Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2009 ein besonderer Stellenwert zugewiesen. Im Juni 2009 wurden über eine breit angelegte Pressekampagne Zeitungen informiert. Die Pressemitteilung wurde auf den Online-Portalen der wichtigsten überregionalen Zeitungen (Bild, Focus, Zeit, Eltern etc.) eingestellt. Auch viele Regionalzeitungen wiesen online auf das Angebot hin. In einer Print-Ausgabe von Chrismon erschien ein ausführlicher Bericht. Nicht nur Zeitungen, auch Radio- und Fernsehsender reagierten auf die Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise sprachen die Online-Berater Birgit Luig und Martin Ziegenhagen in einer Expertensendung im RBB-Hörfunkprogramm oder in der ZDF-Dokumentation „Neue braune Welle“. Wichtig ist auch, dass eine Beratungsform, die das nicht mehr ganz so neue Medium Internet nutzt, auch für andere neue Kommunikationswege aufgeschlossen ist. Auf der Internet-Plattform für Filme „YouTube“ wurde ein kleiner Film über die Online-Beratung eingestellt, der mit allen Schlagwörtern versehen wurde, die mit dem Thema Rechtsextremismus zu tun haben. Dies ist ein deutliches Zeichen: die Plattform soll nicht denjenigen überlassen werden, die Filme mit rechtsextremen Inhalten suchen. Wer nach solchen recherchiert stößt automatisch auch auf das Angebot der Online-Beratung.

Neben der Arbeit mit Medien ging es auch darum, in persönlichen Gesprächen einen Einblick in die Arbeit der Online-Beratung zu vermitteln. Deshalb wurde der Kontakt zu Organisationen, die sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen bzw. die Zivilgesellschaft zu stärken versuchen, intensiviert. Diese Fachkollegen sind wichtige Multiplikatoren, wenn es darum geht, die Arbeit weiter bekannt zu machen. Auch als Ergebnis dieser Bemühungen ist die Online-Beratung bei immer mehr Einrichtungen verlinkt. Zudem konnte die Online-Beratung sich auf einer Pressekonferenz mit jugendschutz.net in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz präsentieren (14.8.) und mit einem Stand beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung im Bundespresseamt (22./23.8.) vorstellen.

Neue Perspektiven haben sich durch Kooperationspartner ergeben, mit denen die Arbeit weiter vorangetrieben werden soll. Vielversprechend scheinen die Einsatzmöglichkeiten im Bereich des Sports. Zu diesem Zwecke haben Gespräche mit dem Landessportbund Berlin, dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Berliner Fußballverband und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) stattgefunden. Alle Organisationen zeigten sich interessiert, die Online-Beratung auch für eigene Mitglieder einzusetzen. In einem ersten Schritt wurde vereinbart, dass die Verbände ihre Mitglieder auf das Angebot hinweisen. In einem zweiten Schritt werden Entscheidungsträgern die Einsatzmöglichkeiten vorgestellt, so am 22. Oktober vor dem Berliner Fußballverband und am 8. Dezember 2009 vor der Arbeitsgruppe „Für Anerkennung und Toleranz, gegen Rassismus und Diskriminierung“ des DFB.

Potential bietet die Online-Beratung auch für einen Einsatz bei der Bundeswehr. Ein Gespräch mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr verdeutlichte großes Interesse an dieser Form der Information und Beratung zum Thema Rechtsextremismus in Bundeswehrezusammenhängen, beispielsweise in der Ausbildung. Die Bundeswehr wird ab November in ihrem Intranet auf die Online-Beratung hinweisen. Zudem wurden Gespräche mit dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge geführt. So konnten 2009 konkrete Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren getroffen werden. Damit kann der Personenkreis, der auf das Angebot der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus zurückgreifen kann, deutlich erweitert werden.

Politische Initiativen, Stellungnahmen

Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. setzte sich für die Rehabilitierung der im Nationalsozialismus als sogenannte Kriegsverräter verurteilten, hingerichteten Opfer der Wehrmachtsjustiz ein. Im September 2009 konnte dieses Ziel endlich erreicht werden: Der Bundestag hat am 8. September 2009 in der letzten Sitzung des Bundestags vor der Wahl am 27. September mit den Stimmen aller Fraktionen die Urteile der NS-Militärjustiz gegen sogenannte Kriegsverräter aufgehoben (Drucksache 16/13979). Das Parlament folgte damit einem Beschluss der Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aus dem Jahr 2007, der in den Jahren 2008 und 2009 immer wieder vom Vorstand, aber auch von Vereinsmitgliedern wie Prof. Dr. Wolfram Wette, dessen Forschungen zu den „Kriegsverrättern“ Grundlage des Engagements der Vereinigung waren, bekräftigt wurde. Zuletzt hatte der Vorsitzende noch im August 2009 an die Fraktions- und Parteivorsitzenden appelliert, die Urteile der Wehrmachtsjustiz wegen „Kriegsverrats“ pauschal aufzuheben.

Mehrere Regionale Arbeitsgruppen der Vereinigung nahmen sich des Themas „Kriegsverrat“ an und organisierten im Rahmen der von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas verantworteten Wanderausstellung „'Was damals Recht war...' Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ an mehreren Orten im Bundesgebiet Vorträge und Diskussionen zu den Themen Wehrmachtsjustiz und Kriegsverrat. Durch diese Ausstellung wurde der breiteren Öffentlichkeit der Unrechtscharakter der Wehrmachtsgerichtsbarkeit erst bewusst.

Kampf gegen Antisemitismus

Im November 2008 hat sich der Deutsche Bundestag in seiner Resolution „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ (Drucksache 16/10775 neu) verpflichtet, jüdisches Leben in all seinen Ausprägungen weiterhin intensiv politisch zu unterstützen und zu schützen.

Gemeinsam mit dem American Jewish Committee, dem Anne Frank Zentrum, dem Zentrum für Antisemitismusforschung, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, dem Fritz Bauer Institut und der Amadeu Antonio Stiftung hat die Vereinigung eine Stellungnahme zu dieser Resolution erarbeitet, die in einer Pressekonferenz am 9. Juli der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. In der Stellungnahme wird die zögerliche Umsetzung der Bundestagsresolution kritisiert, insbesondere der Zeitverzug bei der Gründung eines in der Resolution angekündigten Expertengremiums, das regelmäßig Bericht über den Antisemitismus in Deutschland erstatten und Empfehlungen zu seiner nachhaltigen Bekämpfung geben soll. Thematisiert wird auch, dass es bis dato keine Finanzierungspläne für Kampagnen gegen Antisemitismus gebe. Außerdem wurden Vorschläge zur Besetzung des Gremiums sowie zu Formen der praktischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus unterbreitet.

Am 5. August 2009 unterrichtete Bundesinnenminister Schäuble das Bundeskabinett über die bevorstehende Arbeitsaufnahme und Zusammensetzung des unabhängigen Expertenkreises aus Wissenschaft und Praxis, der regelmäßig Bericht über den Antisemitismus in Deutschland erstatten und Empfehlungen zu seiner nachhaltigen Bekämpfung unterbreiten soll. Der Expertenkreis Antisemitismus trat am 9. September zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten

Anlässlich des 75. Jahrestages des Inkrafttretens des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erinnerten der Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten (BEZ), die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. am 16. Januar 2009 in einem Pressegespräch in Berlin daran, dass, nachdem im Jahre 2007 der Bundestag dieses Gesetz zu einem typischen NS-Unrechtsgesetz erklärt hatte, die Anerkennung der Opfer von NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisation als NS-Verfolgte noch ausstehe. Der Gründungsvorsitzende von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V., Dr. Hans-Jochen Vogel, bekräftigte auf der Pressekonferenz, sich in diesem Sinne für diese Opfergruppe einzusetzen und das Gedenken an sie weiter in den öffentlichen Raum zu tragen.

Der Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sprach sich auch dafür aus, dem Wunsch des Bundes der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten (BEZ) zu entsprechen, dass nach einer Liquidationsphase von drei bis fünf Jahren, die ab dem 1. Januar 2010 beginnt, der BEZ in Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aufgehen soll.

Zivilgesellschaftliche Erinnerung in Spanien

Anfang Dezember 2008 besuchte eine Delegation führender Vertreter spanischer Archive, Institutionen und zivilgesellschaftlicher Initiativen Berlin und Brandenburg, um einen Einblick in die deutsche Erinnerungskultur zu erhalten und sich mit den Leitern von Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, die in diesem Themenbereich arbeiten, auszutauschen. Die Initiative zu dieser Informationsreise ging von Dieter Konecki, dem ehemaligen Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid, aus und wurde organisiert in Zusammenarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung Madrid und der Interministeriellen Sonderkommission beim Spanischen Kanzleramt.

Die Delegation, der u.a. der ehemalige spanische Justizminister S.E. Fernando Ledesma angehörte, besuchte die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die Gedenkstätte Sachsenhausen, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, die Stiftung Topographie des Terrors, die Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit und die Bundesstiftung Aufarbeitung. Als Gesprächspartner aus den Reihen des Vorstands standen Dr. Joachim Gauck, Prof. Dr. Bernd Faulenbach und Wolfgang Lüder zur Verfügung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Informationsfahrt äußerten sich sehr zufrieden über die vielen Anregungen, die sie für ihre eigene Aufarbeitungsarbeit in Spanien erhalten haben. Der spanische Botschafter, Rafael Dezcallar y Mazarredo, der die Delegation empfangen hatte, bedankte sich ausdrücklich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Organisation und Begleitung des Besuchs.

Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts am 23. August

Um zu verhindern, dass im Jubiläumsjahr der friedlichen Revolution der 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August und der deutsche Überfall auf Polen am 1. September in Vergessenheit gerät, haben Marianne Birthler von der BStU, Dr. Anna Kaminsky und unser Vorstandsmitglied Dr. Ulrich Mählert von der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie der Bürgerrechtler Wolfgang Templin die Erklärung „Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern!“ verfasst, die von zahlreichen Vorstandsmitgliedern von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unterzeichnet wurde. Besonders in den polnischen Medien stieß die Erklärung auf großes Interesse.

Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“

Der seit dem Jahr 2005 vergebene Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ würdigt und fördert Engagement, das den in der Satzung der Vereinigung genannten Zielen in herausragender Weise entspricht, das geeignete Formen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und/oder dem Rechtsextremismus entwickelt und das die Werte der Demokratie deutlich werden lässt. Die Jury setzt sich aus dem Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden der Vereinigung sowie dem Stifter des Preises zusammen. Der Preis ist mit € 7.500 dotiert. Die „Frauke-Weber-und-Rainer-Stiftung“ stellt die Dotation und die weiteren notwendigen Mittel für die Preisverleihung im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zur Verfügung.

Die Preisverleihung 2008 fand am 25. November in Berlin statt. Für sein Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rechtsextremismus und die begonnene Auseinandersetzung mit der Geschichte des DFB in der Zeit des Nationalsozialismus wurde Dr. Theo Zwanziger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, ausgezeichnet. Die Laudatio auf den DFB-Präsidenten hielt der ZDF-Intendant Prof. Markus Schächter. In seiner Dankesrede brachte Dr. Theo Zwanziger sein Selbstverständnis klar zum Ausdruck: „Der Fußball ist nicht parteipolitisch, aber er muss politisch sein. Und das bedeutet, sich an der Stelle, an der jeder steht, für Freiheit, Solidarität und Menschenwürde einzusetzen. Politik hat den Auftrag, die Zukunft in diesem Sinne zu gestalten. Ich freue mich über diese Auszeichnung und nehme den Preis an für viele, die Verantwortung im Fußball tragen und mit mir im Geist einig sind“. Darüber hinaus betonte der DFB-Präsident mit Nachdruck: „Von unseren Nationalspielerinnen und Nationalspielern erwarte ich, dass sie sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sind und diese Rolle auch praktisch vorleben, indem sie sich unter anderem für Werte wie Demokratie und Menschenwürde einsetzen“. Die Dotation in Höhe von € 7.500 stiftete der Preisträger zu gleichen Teilen den Fördervereinen der Ibell-Grundschule in Diez und der Freindiezer Pestalozzi-Grundschule sowie dem VfL Altdiez.

Auf ihrer Sitzung am 17. Mai 2009 hat die Jury Rainer Eppelmann als Preisträger für das Jahr 2009 ausgewählt. Sie würdigt damit seine Verdienste für Freiheit und Demokratie in Zeiten der Diktatur und der friedlichen Revolution von 1989 sowie für die Übernahme politischer Verantwortung in Umbruchszeiten und für seine Verdienste bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts. „Rainer Eppelmann hat über viele Jahre ausdauernd und fantasievoll gegen das SED-Regime opponiert. Als Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs übernahm er in der Umbruchszeit und darüber hinaus als Minister und Parlamentarier politische Verantwortung“, so Joachim Gauck zur Entscheidung der Jury. In allen politischen Ämtern, besonders aber in seiner jetzigen Tätigkeit als Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, betreibt Eppelmann die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht „stets als Herzensangelegenheit“. Die Preisverleihung findet am 8. November in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn statt.

Öffentlichkeitsarbeit

Internet

Die Internet-Präsenz der Vereinigung wurde 2009 weiterentwickelt. Derzeit stehen zwei Präsentationen zur Verfügung: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. (www.gegen-vergessen.de) und die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus (www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de). Auf der Grundlage des neugestalteten Logos wurde auch die Homepage der Vereinigung überarbeitet. Der öffentliche Auftritt folgt nun einer einheitlichen Formensprache.

Auch einige RAG sind in Kürze im Internet präsent. In einer Pilotphase werden die RAG Baden-Württemberg, Mittelrhein und Rhein-Main in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle eigene Seiten online stellen, die vor allem auf die eigenen Aktivitäten vor Ort aufmerksam machen sollen.

Zeitschrift

In einer Auflage von 3.500 Exemplaren ist das vier Mal im Jahr erscheinende Journal „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ein zentrales Element der Öffentlichkeitsarbeit. Thematische Schwerpunkte, Berichte aus den Regionen, Informationen und Rezensionen spiegeln das Spektrum der Arbeit der Vereinigung wieder. Die Zeitschrift stößt nicht nur unter den Mitgliedern auf großes Interesse. Geschichts- und Politikinteressierte, Institutionen und Kooperationspartner finden hier ebenfalls Informationen.

Flyer

Auf der Mitgliederversammlung kann ein Flyer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. / Online-Beratung gegen Rechtsextremismus präsentiert werden. Damit steht wieder ein Informationsträger zur Verfügung, mit dem gerade in den Regionen über die Arbeit der Vereinigung und das Schwerpunktprojekt „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus“ informiert werden kann. Die Regionalen Arbeitsgruppen erhalten eigene Exemplare, in dem ihre Kontaktadresse eingedruckt ist. Damit werden die regionalen Ansprechpartner noch stärker herausgestellt.

Pressearbeit

Für das Schwerpunktprojekt „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus“ wurde ein Email-Verteiler aufgebaut, der es ermöglicht, Presseinformationen an überregionale und regionale Medien verschiedener Sparten zu versenden. Gleichzeitig wurden bestimmte Themen durch Pressekonferenzen in der Öffentlichkeit platziert. Am Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 23. August waren Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. / Online-Beratung gegen Rechtsextremismus mit einem eigenen Stand im Bundespresseamt vertreten.

Kooperationspartner

Die Kontaktpflege mit bestehenden und die Suche nach neuen Kooperationspartnern bilden einen wesentlichen Teil der Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Hierbei handelt es sich um lokale Partner wie auch um bundesweite und internationale Organisationen.

Publikationen

In Ergänzung zur Quellenedition „Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944-1948“ liegt nun eine didaktische Handreichung vor, die vor allem für den Einsatz in Schulen gedacht ist (s.u. Schwerpunktprojekte).

Alfons Kenkmann / Elizabeth Kohlhaas / Astrid Wolters (Hrsg.): „Vor Tieren hatten wir keine Angst, nur vor Menschen“. Kinder über den Holocaust in Polen. Didaktische Materialien, unter Mitarbeit von Friederike Stuke, Dennis Riffel, Sascha Martjuschew, Stephan Weser. (= Villa ten Hompel, Didaktische Bausteine 7). Münster 2009, 120 S., ISBN 978-3-935811-02-6.

Preis: 5 Euro, Bezug über Geschichtsort Villa ten Hompel, Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster, Telefon: 0251 492-71 01, Telefax: 0251 492-79 18, E-Mail: tenhomp@stadt-muenster.de

Aus der Arbeit der Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen entstammt

Volker Mall / Harald Roth: "Jeder Mensch hat einen Namen". Gedenkbuch für die 600 jüdischen Häftlinge des KZ-Außenlagers, Metropol Verlag, Berlin 2009, 367 S., ISBN 978-3-940938-39-8. Bezug über Sektion Böblingen – Herrenberg – Tübingen, Birgit Kipfer MdL, Krebsbachweg 34, 71116 Gärtringen, E-Mail: kipfer.rohrau@t-online.de

Förderungen

Die Möglichkeiten von Förderungen durch Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. unterliegen unter der Berücksichtigung der Haushaltslage und des deutlich reduzierten Spendeneingangs engen Grenzen. Nach diesen Maßgaben wurden auch im Jahr 2009 Vorhaben Dritter unterstützt, besonders Anträge von Schul- und Jugendprojekten werden wohlwollend geprüft. Dabei hat sich wiederum herausgestellt, dass auch mit verhältnismäßig geringen finanziellen Mitteln wichtige Unterstützungen möglich sind.

Geförderte Projekte Dezember 2008 – November 2009

Projekt	Träger
Info-Container über Thor Steinar in Chemnitz	Mitte gegen Rechts Chemnitz
Biografie Hans Koschnick	Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Filmprojekt Max Mannheimer	Carolin Otto
Projekttag im Rahmen eines sozialen Trainingskurses für mehrfach benachteiligte Jugendliche in der Gedenkstätte Buchenwald	Pfefferwerk Stadtkultur GmbH Berlin
Seminar zum Thema "Die Auswirkungen rechtsstaatwidriger kommunistischer Urteilspraxis bis in die Gegenwart und ihre Folgen für die Zukunft am Beispiel sowjetischer Todesurteile in Sachsen-Anhalt und ihre Vollstreckung in Moskau"	Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V./RAG Sachsen-Anhalt
Vorstellung Jugendhilfeprojekt im Rahmen der 19. Lernstatt Demokratie in Jena	Integrative Waldorfschule Emmendingen
Informationstisch des "Runden Tisches gegen Rechtsextremismus Berlin/Spandau"	Runder Tisch gegen Rechtsextremismus Spandau

Dank

Die zahlreichen Aktivitäten und die Entwicklung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sind ein Ergebnis des beeindruckenden ehrenamtlichen Engagements seiner Mitglieder, der Sprecherinnen und Sprecher der Regionalen Arbeitsgemeinschaften, der aktiven Unterstützung durch Mitgliedschaft oder eine Spende sowie dem großen Einsatz seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Allen, die so an der Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele mitwirken, danken Vorstand und Geschäftsführung sehr herzlich.

Ohne die nachhaltige und kontinuierliche Unterstützung folgender Einrichtungen wären Aktivitäten in diesem Umfang nicht möglich. Ihnen sei besonders gedankt:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung

Hanns-Seidel-Stiftung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundeszentrale für politische Bildung

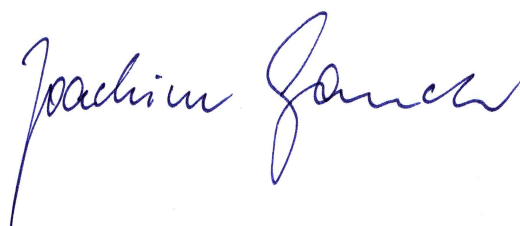
Bundespresseamt

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Frauke-Weber-und-Rainer-Braam-Stiftung

Bonn, 7. November 2009



Dr. h.c. Joachim Gauck
Vorsitzender



Dr. Michael Parak
Geschäftsführer